

LINKS BÜNDIG

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag von
Sachsen-Anhalt

"LINKSBÜNDIG" Newsletter der Fraktion zum parlamentarischen Geschehen

Juli 2011

Inhalt:

Seite 1: Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE / **Seite 1:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung / **Seite 2:** Die Landtagssitzung vom 07. und 08. Juli 2011 im Überblick / **Seite 6:** Aktuelles aus der Fraktion / **Seite 7:** Aktuelle Terminhinweise / **Seite 7:** Lesetipps



Eigenständige parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE

Hier findet die **erste Beratung/Einbringung** zum jeweiligen Gegenstand Berücksichtigung.

- **TOP 01 c):** Verfassungsrechtliche Stellung des Landtages verteidigen / Aktuelle Debatte, [Drs. 6/188](#)
- **TOP 04:** Europatauglichkeit des Landtages weiter ausbauen / Antrag, [Drs. 6/162](#)
- **TOP 13:** Kulturkonvent des Landtages von Sachsen-Anhalt / Antrag, [Drs. 6/139](#)
- **TOP 15:** Änderung des Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente (Instrumentenreform) / Antrag, [Drs. 6/163](#)
- **TOP 16:** Halbzeitbilanz der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 zur Neuausrichtung nutzen / Antrag: [Drs. 6/164](#)

Hier findet die **zweite/abschließende Beratung** zum jeweiligen Gegenstand auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses Berücksichtigung.

- **TOP 08:** Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschleunigen / [Drs. 6/28](#); [Drs. 6/54](#); [Drs 6/161](#)
- **TOP 09:** Grundwasserprobleme nachhaltig lösen / [Drs. 6/31](#); [Drs. 6/40](#); [Drs. 6/166](#)

DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung

- TOP 03: Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Therapieunterbringungsgesetzes in Sachsen-Anhalt (AG ThUG LSA), [Drs. 6/36](#) / Beschlussempfehlung [Drs. 6/157](#) / Entschließungsantrag [Drs. 6/187](#)
- TOP 06: Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 (LBVAnpG 2011/2012), [Drs. 6/137](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/200](#)
- TOP 18: Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen, [Drs. 6/173](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/201](#)
- TOP 19: Neuregelung des Rechtsrahmens für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, [Drs. 6/174](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/205](#)
- TOP 20: Die Zukunft des Autos – Chancen einer nachhaltigen E-Mobilität für Sachsen-Anhalt nutzen, [Drs. 6/175](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/210](#)
- TOP 21: Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie erhalten, [Drs. 6/176](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/202](#)
- TOP 23: Novellierung des Rettungsdienstgesetzes, [Drs. 6/178](#) / Änderungsantrag [Drs. 6/203](#)

Die Landtagssitzung vom 07. und 08. Juli 2011 im Überblick

Im Folgenden werden in der Reihenfolge des zeitlichen Ablaufs in knapper Form der jeweilige **Gegenstand und das Beratungsergebnis** wiedergegeben. Es erfolgt eine Konzentration auf die aus Sicht der Redaktion wichtigsten Punkte der [Tagesordnung](#). Einen **vollständigen Überblick** zu den Beratungsergebnissen bietet die [kommentierte Tagesordnung](#) auf der Seite des Landtags. Die **Verlinkung** des jeweiligen Tagesordnungspunktes verweist im Übrigen in der Regel auf genau diese Seiten. Hier sind alle Originalredebeiträge als Videoclip zugänglich, der Verweis auf das jeweilige [Redemanuskript](#) liefert oft eine etwas abweichende Darstellung, es gilt in jedem Falle das gesprochene Wort.

07. Juli 2011, erster Beratungstag

TOP 01 a): Eine Aktuelle Debatte wünscht die SPD zum Thema [50 Jahre Bau der Berliner Mauer \(Drs. 6/183\)](#). Diese geschichtliche Epoche prägte das Leben der Menschen insbesondere in Ostdeutschland bis heute, deshalb sei es notwendig, an dieses Ereignis zu erinnern und Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE **Wulf Gallert (Video / Redemanuskript)** unterstreicht: „Der 13. August 1961 wurde von der Partei- und Staatsführung in der DDR als großer Sieg gefeiert. In Wahrheit war er jedoch das äußere Zeichen und sichtbare Eingeständnis einer Niederlage im Wettbewerb mit dem Westen und damit eine Niederlage im Wettbewerb der Gesellschaftssysteme. In gewisser Weise markierte der 13. August 1961 damit bereits den Ausgang der Auseinandersetzung der Systeme im Jahr 1989. ... Für uns gilt, dass die Mauer, die vor 50 Jahren errichtet worden ist, politisch und moralisch zu verurteilen ist und dass sie die Idee des Sozialismus radikal diskreditiert hat. Wir wollen aber auch, dass diese moralisch-politischen Bewertungsmaßstäbe auch in unserer heutigen Gesellschaft universelle Bedeutung haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur dadurch Glaubwürdigkeit entsteht.“ Beschlüsse werden im Ergebnis einer Aktuellen Debatte nicht gefasst.

TOP 01 b): Eine weitere Aktuelle Debatte findet auf Antrag der GRÜNEN statt, [Demokratie stärken - Radikalenerlass verwerfen \(Drs. 6/184\)](#) lautet der Gegenstand. In der Begründung wird angemerkt: „Innenminister Holger Stahlknecht hat unlängst in mehreren Presseveröffentlichungen kundgetan, einen so genannten Radikalenerlass schaffen zu wollen, um u. a. rechtsextreme Bewerberinnen und Bewerber von der Kandidatur auf öffentliche Ämter abhalten zu können. ... Ein solcher Erlass knüpft an die in Zeiten des Kalten Krieges geübte Praxis der Radikalenerlässe, Extremistenbeschlüsse und Berufsverbote an. Sein vermeintliches Ziel, die Stärkung der Demokratie, verfehlt er jedoch. Statt dessen schafft er ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens, in der jeder jeden anderen verdächtigen kann und missliebige Meinungen aus der öffentlichen Debatte verdrängt werden sollen.“ Die innenpolitische Sprecherin der LINKEN **Godrun Tiedge (Video / Redemanuskript)** unterstreicht dies ausdrücklich: „Wenn man den Begriff des Radikalenerlasses in den Mund nimmt, dann muss man, gerade auch als Volljurist, die Verfassungsfeindlichkeit der damaligen Regelung im Auge haben. Und um so mehr verwundert dann das Vorpreschen des Innenministers. ... DIE LINKE wird alles unterstützen, was an ehrlichen Bemühungen unternommen wird, um rechtsextremes Gedankengut zu verhindern, um ein NPD-Verbotsverfahren zu ermöglichen und um ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt zu erarbeiten. Eine Neuauflage eines Radikalenerlasses lehnen wir jedoch konsequent ab. Eine Gesellschaft, die geprägt ist von einem tiefen Misstrauen gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, verwirkt ihre Existenzberechtigung.“ Insgesamt eine sehr wechselvolle, nachlesenswerte Debatte, zu der Beschlüsse nicht zu fassen sind.

TOP 03: Es folgt die abschließende Beratung zum [Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Therapieunterbringungsgesetzes in Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/36; Drs. 6/157; Drs. 6/187\)](#), vorgelegt von der Landesregierung, im Kern geht es um die schwierige Materie der Sicherungsverwahrung. Die rechtspolitische Sprecherin der LINKEN **Eva von Angern (Video / Redemanuskript)** verweist auf Folgendes: „Nach wie vor hält die LINKE die nachträgliche Sicherungsverwahrung ... für konventions- und verfassungswidrig. Menschen werden für (Straf)taten/ Handlungen bestraft, die sie nicht begangen haben. Menschen werden im Nachhinein dafür bestraft, dass nicht ausreichend mit ihnen im Vollzug gearbeitet wird/ dass die Resozialisierung im Strafvollzug völlig unzureichend ist. ... Ein weiterer wesentlicher Grund für unsere Ablehnung wurde insbesondere von den Fachleuten der Psychiatrie in der Anhörung benannt: Es findet ein Missbrauch der Psychiatrie statt. Die Psychiatrie wird der Abfalleimer für jene, mit denen die Gesellschaft nicht klar kommt.“ Daher habe ihre Fraktion einen **Entschließungsantrag** vorgelegt, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht zu prüfen. Der wird von der Koalition abgelehnt, das Gesetz selbst wird von dieser und damit mehrheitlich angenommen, trotz nicht weniger geäußerter Bedenken. GRÜNE und LINKE lehnen ab.

TOP 04: DIE LINKE will die [Europatauglichkeit des Landtages weiter ausbauen \(Drs. 6/162; Drs. 6/194\)](#), die Landesregierung soll Maßnahmen ergreifen, um die Integrationsverantwortung und Europatauglichkeit des Landtages weiter auszubauen. Dazu betont der europapolitische Sprecher der LINKEN **Harry Czeke (Video / Redemanuskript)**: „Naturgemäß teilt die Landesregierung nicht unsere kritische Bewertung zur Ausbaufähigkeit des Zusammenspiels zwischen Exekutive und Legislative in Sachen Europapolitik. ... Die Landesregierung kommt einfach zu dem Schluss: Alles in Butter, kein Veränderungsbedarf, die Landesregierung leistet, was sie kann.“ Von der Koalition kommt ein **Änderungsantrag**, zunächst soll der zuständige Ausschuss entsprechend aktiv werden. DIE LINKE werde zustimmen, so Harry Czeke, schließlich sei es ja ihr eigener Antrag, nur etwas devoter formuliert ... Dem Änderungsantrag stimmen alle Fraktionen zu.

TOP 08: Zum Antrag der LINKEN [Ausstieg aus der Atomenergienutzung beschleunigen \(Drs. 6/28; Drs. 6/54; Drs. 6/161\)](#) liegt nun die **Beschlussempfehlung** des zuständigen Ausschusses vor, danach soll der Landtag die Initiativen der Bundesregierung zur Energiewende begrüßen, eine Grundgesetzänderung sei aus diesen Gründen abzulehnen. Das ist nun gar nicht im Sinne der Antragstellerinnen, und so bemerkt denn auch die energiepolitische Sprecherin der LINKEN **Angelika Hunger (Video / Redemanuskript)** folgerichtig: „Der Atomausstieg wird auch nicht konfliktlos sein. Es wird Schwierigkeiten und Probleme geben. Angstkampagnen, dass wir diesen Ausstieg nicht schaffen könnten, dass es zu Problemen im Bereich der Preisentwicklung kommt, dass es zu Stromausfällen kommt und dass es in den Häusern kalt wird, werden jetzt schon gefahren. Sie können sich sicher sein, dass diese Kampagnen zunehmen werden. Aus diesem Grunde halten wir es für erforderlich, den Atomausstieg im Grundgesetz zu verankern und damit die größtmögliche Hürde für ein roll back aufzubauen. Daher können wir der heute vorliegenden Beschlussempfehlung nicht zustimmen.“ Die Koalition stimmt der Beschlussempfehlung zu, die Opposition lehnt sie ab.

TOP 05: Die Landesregierung legt den [Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/132\)](#) vor, es soll der Weiterentwicklung des Kapazitätsrechts unter den Bedingungen der Studienreform in Sachsen-Anhalt dienen und die Hochschulautonomie weiter stärken. Dazu bemerkt der hochschulpolitische Sprecher der LINKEN **Hendrik Lange (Video / Redemanuskript)**: „Als Linke treten wir seit langem für die Stärkung der Hochschulautonomie ein. Und sicher wissen die Hochschulen am Besten, unter welchen Bedingungen ein Studium zu organisieren ist. Die abschließende Entscheidung muss aber letztendlich beim Ministerium liegen, da ... Grundrechte tangiert werden. ... Zu berücksichtigen ist auch, dass die Hochschulen genügend Kapazität für ein Masterstudium vorhalten. Die Linke steht zu der Aussage, dass jedem, der das wünscht, nach seinem Bachelorabschluss ein Masterstudium offen stehen muss.“ Letztendlich plädiere DIE LINKE für ein Hochschulzulassungsgesetz auf Bundesebene. Der Gesetzentwurf wird einstimmig in den zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft überwiesen.

TOP 23: CDU und SPD beantragen die [Novellierung des Rettungsdienstgesetzes \(Drs. 6/178; Drs. 6/203\)](#), die Abgeordnete der LINKEN **Dr. Helga Paschke (Video / Redemanuskript)** weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass es sich hier wohl um eine freundlich-ehrerbietige Verbeugung vor der Landesregierung handelt: „Gleich am Anfang sei gesagt: „Wir begrüßen die Begrüßung!“, wenngleich wir es jetzt gehäuft mit solchen Anträgen der Koalition zu tun haben, einzelne Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und auch Absichtserklärungen der Landesregierung einer parlamentarischen Begrüßung zu unterziehen. ... Die von den Koalitionsfraktionen aufgeworfenen Aspekte, die bei der Novellierung berücksichtigt werden sollten, finden allesamt unsere Zustimmung, haben wir doch beispielsweise bereits bei der Novelle 2006 gegen eine Streichung des pflichtigen Vorhaltens einer Wasserrettung (ggf. Bergrettung) gestimmt und die Frage der Sicherstellung der Notarztversorgung sowie die Berücksichtigung bzw. Förderung des Ehrenamtes u.a. auch in Änderungsanträgen thematisiert.“ Sie verweist auf den **Änderungsantrag** ihrer Fraktion, der das notwendige Anliegen etwas verbindlicher formuliert. Der Passus zur Tariftreue von der LINKEN wird von der Koalition übernommen, angenommen wird der so erweiterte Koalitionsantrag gemeinsam von allen Fraktionen.

TOP 09: Sowohl DIE LINKE als auch die Koalition hatten in der vergangenen Landtagssitzung für die [Lösung der Grundwasserprobleme \(Drs. 6/31; Drs. 6/40; Drs. 6/166\)](#) geworben, nun liegt eine **Beschlussempfehlung** für das Hohe Haus vor. Der Landtag soll einen zeitweiligen Ausschuss „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“ einsetzen. Eine Debatte wird angesichts der Übereinstimmung in der Sache nicht geführt. Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig zustimmend - der Ausschuss ist eingesetzt.

TOP 12: Die Landesregierung ersucht um die [Zulassung einer Ausnahme gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 2 des Ministergesetzes Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/170\)](#), es geht um die Mitgliedschaft von MinisterInnen in Aufsichtsgremien. Für DIE LINKE meldet deren haushaltspolitische Sprecherin **Dr. Angelika Klein ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) Widerspruch an: „Die Fraktion DIE LINKE hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode diese Ausnahmeregelung abgelehnt. Wir werden das auch in dieser Legislaturperiode wieder tun, weil wir der Meinung sind, dass diese - wenn wir uns anschauen, um welche Gesellschaften es sich handelt - nur bedingt gerechtfertigt ist.“ Mit den Stimmen der Koalition wird der Antrag angenommen, DIE LINKE lehnt ab, die GRÜNEN enthalten sich.**

TOP 19: Die Koalition setzt sich für eine [Neuregelung des Rechtsrahmens für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien \(Drs. 6/174; Drs. 6/205\)](#) ein, beschränkt sich dabei allerdings auf eine Berichterstattung der Landesregierung in den zuständigen Ausschüssen. Das ist der LINKEN zu wenig, daher stellt sie einen **Änderungsantrag, mit dem der Landesregierung darüber hinaus klare Prämissen für ihr Verhalten im Bundesrat mit auf den Weg gegeben werden. Dazu erklärt die energiepolitische Sprecherin der LINKEN **Angelika Hunger** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)): „Ihr Antrag stellt auf die Berichterstattung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab. Dies ist eines der Gesetze aus dem Paket zur Energiewende, die nun in einem nie da gewesenen Tempo durch das Gesetzgebungsverfahren gebracht werden. Das muss unweigerlich zu Ungenauigkeiten, Regelungslücken, vielleicht sogar Widersprüchen in diesen Gesetzen führen. ... Wir hatten gestern eine Diskussionsrunde mit dem Landesverband für Erneuerbare Energien. Dabei wurde deutlich, dass das EEG in der jetzigen Fassung mit Sicherheit noch nicht wirklich praktikabel ist und mehr oder weniger Feinjustierung brauchen wird.“ Der Änderungsantrag der LINKEN wird abgelehnt, beschlossen wird der Antrag der Koalition.**

TOP 18: Um den [Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertageseinrichtungen \(Drs. 6/173; Drs. 6/201\)](#) geht es in diesem Koalitionsantrag, die Landesregierung soll dazu im Fachausschuss Bericht erstatten. Mit einem **Änderungsantrag fordert DIE LINKE eine Erweiterung und Präzisierung dieses Auftrages. Die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linken **Monika Hohmann** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) erklärt dazu: „Die Finanzierung der Kinderbetreuung in Sachsen-Anhalt ist eine recht komplexe Angelegenheit. Fünf Beteiligte bilden eine so genannte Finanzierungsgemeinschaft. Diese besteht aus dem Land, den Landkreisen und kreisfreien Städten, den Eltern, den Gemeinden und den freien Trägern. ... Insbesondere die Gewinnung verlässlicher Daten über die Personalkosten pro Platz wird für die anstehenden Debatten zur Novellierung des Kinderförderungsgesetzes und für die Haushaltsverhandlungen sehr wichtig sein. Es ist in der Tat recht schwierig, sich über diesen Bereich einen Überblick verschaffen und zu belastbaren Aussagen zu kommen.“ Der Änderungsantrag wird abgelehnt, der Antrag selbst findet Zustimmung bei der Koalition, die Opposition enthält sich.**

TOP 17: Die [Sicherstellung ausreichender Pflegekräfte für die Altenpflege in Sachsen-Anhalt \(Drs. 6/172\)](#) ist Gegenstand dieses Antrages von CDU und SPD, auch hier geht es zunächst um eine Berichterstattung der Landesregierung im zuständigen Ausschuss. Die gesundheitspolitische Sprecherin der LINKEN **Dagmar Zoschke ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) unterstreicht: „Außerdem stellt die pflegerische Dienstleistung auch zunehmend einen Wirtschaftsfaktor dar. Die Sozialwirtschaft ist auch in Sachsen-Anhalt inzwischen ein wichtiger und weiter wachsender Wirtschaftsfaktor geworden. Eine der Voraussetzungen für diese wirtschaftliche Entwicklung ist auch hoch qualifiziertes, hoch motiviertes und auch ausreichendes Personal. Davon sind wir jedoch weit entfernt. Es fehlen qualifizierte Fachkräften, es herrscht Pflegenotstand.“ Ein mündlicher **Änderungsantrag** der GRÜNEN wird von der Koalition abgelehnt, der Antrag selbst wird mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Opposition angenommen.**

08. Juli 2011, zweiter Beratungstag

TOP 01 c): Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsberatungen hat DIE LINKE eine Aktuelle Debatte zum Thema [Verfassungsrechtliche Stellung des Landtages verteidigen \(Drs. 6/188\)](#) beantragt, in der Begründung heißt es: „Das von der Landesregierung gewählte Top-Down-Prinzip zur Haushaltsaufstellung kann ein Weg sein. Kritisch aus Sicht des Landtages ist aber die geplante mehrjährige weitgehende Budgetierung der Einzelhaushalte, auf die das Parlament keinerlei Einfluss mehr hat. Der Verzicht auf die Einhaltung und Wahrung der Budgethoheit des Parlamentes aber wird zu einem grundlegenden Bedeutungsverlust des Parlamentes führen.“ Und die haushaltspolitische Sprecherin der LINKEN **Dr. Angelika Klein** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) betont: „Es ist erfreulich, dass unser Antrag auf eine aktuelle Debatte und die offene Diskussion in der SPD-Fraktion dazu geführt haben, dass das Wort Budgetierung in der jüngsten, nun beschlossenen Kabinettsvorlage nicht mehr auftaucht. Jetzt wird nur noch von einer

flexibleren Bewirtschaftung der Einzelpläne sowie von Möglichkeiten zur jährlichen Übertragbarkeit von nicht verbrauchten Mittel gesprochen. ... Es ist gut und richtig, wenn die Landesregierung jetzt keine budgetierten Einzelpläne mehr will. Ansonsten erübrigt sich die Aufgabe des Landesparlaments als Haushaltgesetzgeber. Die Budgethoheit liegt beim Parlament, und das Parlament muss das unserer Sicht auch weiter wahrnehmen, ansonsten werden wir irgendwann wirklich nicht mehr gebraucht bzw. ein Halbtagsparlament tät es dann wirklich. Um aber der Budgethoheit nachzukommen brauche ich natürlich einen Haushaltsentwurf von Seiten der Landesregierung, der transparent ist, in dem alle Einnahmen und Ausgaben sowie die Verpflichtungsermächtigten eingestellt sind und der nach Jahren getrennt ist.“ [Finanzminister Bullerjahn](#) gibt seiner Vorrednerin völlig Recht – alles ein Missverständnis, die Landesregierung wollte nie eine Budgetierung der Einzelpläne. So richtig nachvollziehbar ([s. Pressemitteilung](#)) ist das allerdings nicht ... Auch hier ist eine Beschlussfassung nicht vorgesehen.

TOP 06: Von der Landesregierung stammt der [Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 \(LBVAnpG 2011/2012\)](#) ([Drs. 6/137](#); [Drs. 6/200](#)). DIE LINKE bringt einen **Änderungsantrag** ein, hier geht es darum, die Sekundarschullehrkräfte neuen Rechts in gleicher Weise zu besolden bzw. einzugruppieren wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die auf der Grundlage des Lehrerinnen- und Lehrgerechtigstellungsgesetzes eingestuft wurden und über einen entsprechenden Abschluss nach dem Recht der DDR verfügen. Die Sprecherin der LINKEN für Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes **Dr. Helga Paschke** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) erläutert: „Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes hat die Zielstellung, den Tarifvertrag der Länder, der am 10.03.2011 für den Angestelltenbereich ausgehandelt wurde, zeit- und inhaltlich auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Diesem Ansinnen stimmt DIE LINKE ausdrücklich zu. Es entspricht der Position unserer Fraktion aber auch der anderen Fraktionen, die bereits im Entschließungsantrag zum Landesbeamtengesetz die Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung der Statusgruppen ausdrücklich unterstrichen haben.“ Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag werden in den Finanzausschuss überwiesen.

TOP 13: Die Linke fordert einen [Kulturkonvent des Landtages von Sachsen-Anhalt](#) ([Drs. 6/139](#); [Drs. 6/197](#); [Drs. 6/198](#)), sowohl die Koalition - hier soll die Anbindung bei der Landesregierung erfolgen - als auch die GRÜNEN - diese wollen eine Enquetekommission einsetzen - legen einen **Alternativantrag** vor. Der kulturpolitische Sprecher der LINKEN Stefan Gebhardt ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) begründet das Anliegen: „Wir möchten nicht, dass ein solcher Konvent als Beratungsgremium beim Kultusministerium angebanden ist. Wir wollen, dass der Kulturkonvent, wie es sich auch beim Bildungskonvent bewährt hat, beim Landtag von Sachsen-Anhalt angebanden wird. ... Der Kulturkonvent soll im Herbst dieses Jahres seine Arbeit aufnehmen und sie bis Mitte des Jahres 2013 beenden. Wir brauchen für die anstehenden Fragen schnell Antworten, um haushaltspolitisch die Weichen richtig stellen zu können.“ Alle drei Anträge werden zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen.

TOP 14: Die GRÜNEN fordern [Gender Budgeting – Prinzipien der geschlechtergerechten Haushaltsführung im Haushaltsaufstellungsprozess](#) ([Drs. 6/155](#); [Drs. 6/195](#)). Dazu bemerkt die Sprecherin der LINKEN für Verwaltungsmodernisierung Evelyn Edler ([Video](#) / [Redemanuskript](#)): „Aber vor allem geht es um die inhaltliche Notwendigkeit einer geschlechtssensiblen Haushaltspolitik. Dabei ist Gender-Politik – oder Gender Budgeting – keine reine Frauenförderung, „geschlechtersensibel“ heißt, kein Geschlecht zu benachteiligen. Aus diesen Gründen befürworten wir, dass die Landesregierung Gender Budgeting als Instrument einsetzt damit Geschlechtergerechtigkeit im Landeshaushalt umgesetzt werden kann.“ Die Koalition stimmt für ihren **Änderungsantrag**, DIE LINKE und die GRÜNEN enthalten sich der Stimme – es geht mal wieder nur um eine Berichterstattung im Ausschuss ...

TOP 15: DIE LINKE fordert die [Änderung des Gesetzes zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente \(Instrumentenreform\)](#) ([Drs. 6/163](#); [Drs. 6/196](#)). Die Landesregierung soll sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Gesetz zur Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente nicht ohne Votum der Bundesländer im Bundestag verabschiedet wird. Zudem werden inhaltliche Schwerpunkte für dieses Votum benannt. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der LINKEN **Sabine Dirlich** ([Video](#) / [Redemanuskript](#)) umreißt das Anliegen so: „Wir haben in diesem Haus schon mehrfach über die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Folgen dieser Entwicklung gesprochen. An diesem Satz wird aber deutlich, dass der Irrglaube „der Markt wird's schon richten“ inzwischen die Gesetzgebung zur Arbeitsförderung erreicht hat. Man berauscht sich an Zahlen, verbreitet den Eindruck, als würde sich das Problem nächstens von selbst lösen und blendet dabei die Probleme der Langzeitarbeitslosen genau so aus, wie die Strukturschwäche der ostdeutschen Bundesländer. ... Dass diese weitreichenden Änderungen praktisch ohne Beteiligung, zumindest aber ohne die Zustimmung der

Länder einholen zu müssen, verabschiedet werden soll, macht den Skandal aus unserer Sicht perfekt. Das können Sie nicht ernsthaft dulden.“ Der **Alternativantrag** der Koalition begrüßt das Engagement der Landesregierung in der Sache und - natürlich - wird um eine Berichterstattung im Ausschuss gebeten. Eine Ausschussüberweisung lehnt die Koalition ab, ebenso den Antrag selbst. Angenommen wird der Alternativantrag von CDU und SPD.

TOP 16: Der Titel des Antrages der LINKEN spricht für sich: [Halbzeitbilanz der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 zur Neuausrichtung nutzen \(Drs. 6/164; Drs. 6/199\)](#). Der europapolitische Sprecher der LINKEN **Harry Czeke (Video / Redemanuskript)** betont vor zunächst fast leerem Haus: „Wir waren immer für eine stärkere Gewichtung des Europäischen Sozialfonds und sind dies immer noch. Umso mehr haben wir die Zahlen zum Umsetzungsstand des ESF in Sachsen-Anhalt mit Erschrecken aufgenommen. Bis zum Stichtag 30. Juni 2010 wurde ein Anteil von nur ca. 15 % der ESF-Mittel ausgezahlt. Die Problematik ist, dass andere Länder im Vergleich mit der Umsetzung sehr viel weiter sind. Beispielsweise ist Mecklenburg-Vorpommern bei der finanziellen Abarbeitung im Normbereich.“ Die Koalition legt einen **Änderungsantrag** vor, auch hier soll in den Ausschüssen berichtet werden - und gut ... Der Änderungsantrag der Koalition wird von dieser angenommen, auch Teile der GRÜNEN stimmen dem zu.

TOP 22: Von den GRÜNEN kommt der Antrag [„Demokratieerklärung“ überarbeiten - Entschließung des Landes Berlin im Bundesrat unterstützen \(Drs. 6/177; Drs. 6/204\)](#). Der **Änderungsantrag** der Koalition bittet die Landesregierung lediglich, sich mit dem Berliner Antrag auseinanderzusetzen. Die innenpolitische Sprecherin der LINKEN **Gudrun Tiedge (Video / Redemanuskript)** unterstreicht: „Die geförderten Träger sollen nunmehr erklären, dass sie sich zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung der BRD bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. ... Aber es wird noch problematischer. Denn diese Träger werden dazu aufgefordert, die Verfassungstreue von Partnerorganisationen sicherzustellen und ggf. durch Anfragen beim Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Und da stellen wir uns natürlich die Frage, warum nun ausgerechnet die Menschen unter Generalverdacht gestellt werden, die immer wieder neu den Mut aufbringen, sich rechtsextremem, rassistischer und antisemitischer Hasspropaganda und Gewalt entgegen zu stellen.“ Nach einer heftigen Debatte ([s. auch Pressemitteilung](#)) folgt die Abstimmung, erwartungsgemäß bringt die Koalition ihren Änderungsantrag durch, LINKE und GRÜNE lehnen das kategorisch ab.

TOP 21: CDU und SPD wollen [Arbeitsplätze in der Braunkohlenindustrie erhalten \(Drs. 6/176; Drs. 6/202\)](#), Braunkohle werde auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die energetische und stoffliche Nutzung Sachsen-Anhalts einnehmen. Die Arbeitsplätze in der Braunkohle trügen daher in hohem Maße zur Wertschöpfung des Landes bei. Daher sei es wichtig, diesen Wirtschaftszweig als wichtigen Jobmotor für Sachsen-Anhalt zu erhalten. DIE LINKE legt einen deutlich präziseren und weitergehenden **Änderungsantrag** vor. Der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKEN **Dr. Frank Thiel (Video / Redemanuskript)** erläutert die Problematik u.a. so: „Auf der einen Seite geht es darum, den erneuerbaren Energien mit Konsequenz einen ständig wachsenden Anteil an der Energieerzeugung zuzuweisen mit dem Ziel, bis 2050 den Energiebedarf nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Dazu herrscht ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Auf der anderen Seite geht es darum, einem bedeutenden Industriezweig Mitteldeutschlands neue Perspektiven aufzuzeigen. Die MIBRAG ist mit 2.000 Beschäftigten das größte Unternehmen mit Firmensitz im Land.“ Die Koalition lehnt den Änderungsantrag der LINKEN ab, die GRÜNEN enthalten sich. Der Antrag selbst findet seine Mehrheit in den Stimmen der Koalition, die GRÜNEN lehnen ab, DIE LINKE enthält sich.

TOP 20: [Die Zukunft des Autos – Chancen einer nachhaltigen E-Mobilität für Sachsen-Anhalt nutzen \(Drs. 6/175; Drs. 6/210\)](#), so will es die Koalition. Der Weg besteht zunächst in einer ausführlichen Berichterstattung der Landesregierung in den zuständigen Ausschüssen ... Der verkehrspolitische Sprecher der LINKEN **Frank Hoffmann (Video / Redemanuskript)** verweist auf die Problematik der individuellen Mobilität: „Der Verkehr und sicher auch der Individualverkehr sind tatsächlich ein großes Sorgenkind im Klimaschutz. Die Klimabelastung durch den Verkehr stieg insgesamt seit 1990 EU-weit um 35 Prozent an. Der Verkehr verursachte im Jahr 2006 damit EU-weit bereits 27,9 Prozent aller Kohlendioxid-Emissionen. Zudem werden viele der mit dem motorisierten Individualverkehr verbundenen Probleme – wie beispielsweise Flächenversiegelung, Feinstaub durch Brems- und Reifenabrieb – durch die Elektrifizierung der Antriebe nicht beseitigt. Dennoch ist die Zukunft des Autos, bzw. Elektroautos nicht allein die Lösung des Problems.“ Der **Änderungsantrag** der LINKEN wird von CDU und SPD abgelehnt, LINKE und GRÜNE stimmen zu. Der Koalitionsantrag wird mit den Stimmen der Koalition angenommen, LINKE und GRÜNE enthalten sich.

Und damit ist die Sitzungsperiode beendet.

Redebeiträge der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion
Und hier: das offizielle [Wortprotokoll des Landtages](#)

Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN

■ Sachsen-Anhalt Konzept 2011



[Bildung und soziale Chancengleichheit](#) +++ [Wirtschaft und Arbeit](#) +++ [Eine Schule für alle Kinder](#) +++ [Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt](#) +++ [Der Öffentliche Dienst im Land braucht Zukunft](#) +++ [Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grundrechte](#) +++ [Energieplan Sachsen-Anhalt](#) +++ [Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft](#) +++ [Die demokratische Hochschule](#) +++

■ Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen der Fraktion sind [HIER](#) zu finden.

Aktuelle Termine und Veranstaltungshinweise

- Sitzungsfreie Zeit im Landtag: 11.07. bis 26.08.2011 – in diesem Zeitraum findet jeweils am Dienstag, 10.00 Uhr, eine Fraktionszusammenkunft aller anwesenden Abgeordneten und MitarbeiterInnen statt
- erste reguläre Fraktionssitzung: 23.08.2011, 10.00 Uhr, ab 13.00 Uhr Beratung der Arbeitskreise
- 25. und 26.08.2011: Klausurtagung der Fraktion in Freyburg/Unstrut – Berghotel „Zum Edelacker“
- 27.08.2011, Hannover: [Kommunalpolitischer Kongress](#)

Weitere Veranstaltungstermine:

- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- <http://www.linksfraktion.de/termine>
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

Lesetipps

- [Die Partei zerfällt nicht in zwei Lager](#)
- [Schlagende Flügel](#)
- [Finanzdebatte: "Niemand hat die Absicht ..."](#)
- [Die CCS-Taktierer](#)

Dokumentiert: [Programmwurf der Partei DIE LINKE](#) (vorgestellt am 11.07.2011)

Der Download dieser und früherer Ausgaben im PDF-Format ist hier möglich!

Impressum

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de